

## Anhang

### A

Afghanistan	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Ägypten	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Albanien	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend  Apostillenübereinkommen aufgrund Einspruchs im Verhältnis zu Deutschland nicht in Kraft
Algerien	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Andorra	Apostille	
Angola	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Antigua und Barbuda	Apostille	
Argentinien	Apostille	
Armenien	Apostille	
Aserbaidshan	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident

ausreichend

Apostillenübereinkommen aufgrund Einspruchs  
im Verhältnis zu Deutschland nicht in Kraft

Äthiopien	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
-----------	--------------	--

Australien	Apostille	
------------	-----------	--

## **B**

Bahamas	Apostille	
---------	-----------	--

Bahrain	Apostille	
---------	-----------	--

Bangladesch	Legalisation	Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident; Endbeglaubigung durch Bundesverwaltungsamt
-------------	--------------	--

Barbados	Apostille	
----------	-----------	--

Belarus (Weißrussland)	Apostille	
---------------------------	-----------	--

Belgien *	Apostille	Zusätzliches bilaterales Abkommen: Deutsch-belgisches Abkommen vom 13. Mai 1975 über die Befreiung öffentlicher Urkunden von der Legalisation (BGBl 1980 II S. 813, 1981 II S. 142).
-----------	-----------	---

Nach dem Abkommen bedürfen öffentliche  
Urkunden, die in der Bundesrepublik Deutschland  
errichtet wurden und mit amtlichem Siegel oder  
Stempel versehen sind, zum Gebrauch in Belgien  
keiner Legalisation, Apostille oder ähnlichen  
Förmlichkeit. Als öffentliche Urkunden sind  
anzusehen Urkunden eines Gerichts oder einer  
Staatsanwaltschaft sowie eines deutschen  
Vertreters des öffentlichen Interesses, Urkunden

eines Urkundsbeamten der Geschäftsstelle, eines deutschen Rechtspflegers, eines Gerichtsvollziehers, einer Verwaltungsbehörde, eines Notars, eines Diplomaten oder Konsularbeamten, Scheck- und Wechselproteste oder Proteste zu anderen handelsrechtlichen Wertpapieren, ferner die in Art. 3 und 4 des Abkommens bezeichneten Urkunden und amtlichen Bescheinigungen.

Die belgische Seite hat für die Beglaubigung nach Art. 3 des Abkommens die Legalisationsstelle des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten bestimmt (s. Bekanntmachung des Bundesministeriums der Justiz vom 27. April 1981, BGBl II S. 193).

Belize	Apostille	
Benin	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Bolivien, Plurinationaler Staat	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Bosnien und Herzegowina	Apostille	
Botsuana	Apostille	
Brasilien	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Brunei Darussalam	Apostille	

Bulgarien	Apostille	
Burkina Faso	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Burundi	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend

## C

Chile	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
China, Volksrepublik (außer Hongkong, Macau)	Legalisation	Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident; Endbeglaubigung durch Bundesverwaltungsamt
Cook Inseln	Apostille	
Costa Rica	Apostille	
Cote d'Ivoire	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend

## D

Dänemark * (außer Grönland und Faröer)	Apostille	Zusätzliches bilaterales Abkommen: Deutsch-dänisches Beglaubigungsabkommen vom 17. Juni 1936 (RGBl II S. 213), das - mit Ausnahme von Art. 6 - mit Wirkung vom 1. September 1952 wieder angewendet wird (vgl. Nr. 7 der Bekanntmachung über die Wiederanwendung deutsch-dänischer Vorkriegsverträge vom 30. Juni
--	-----------	--

1953, BGBl II S. 186).

Urkunden, die von einer deutschen Gerichtsbehörde, einer deutschen Staatsanwaltschaft, einer obersten oder höheren deutschen Verwaltungsbehörde, einem obersten deutschen Verwaltungsgericht oder einem deutschen Notar aufgenommen, ausgestellt oder beglaubigt und mit dem Siegel oder Stempel der Behörde oder des Notars versehen sind, bedürfen zum Gebrauch in Dänemark keiner weiteren Beglaubigung oder Legalisation. Soweit es sich um Urkunden kollegialer Gerichte handelt, genügt die Beglaubigung durch den Vorsitzenden.

Für andere deutsche Urkunden, die von einem Gerichtsvollzieher, einem anderen gerichtlichen Hilfsbeamten, einem Grundbuchamt oder einer autorisierten Hinterlegungsstelle aufgenommen, ausgestellt oder beglaubigt sind, genügt zum Gebrauch in Dänemark die Beglaubigung durch den zuständigen Präsidenten des Land- oder Amtsgerichts. Das Gleiche gilt für Urkunden, die von dem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle eines deutschen Gerichts aufgenommen, ausgestellt oder beglaubigt sind; gehört die ausfertigende oder beglaubigende Stelle einem Gericht höherer Ordnung an, so ist die Beglaubigung durch den Präsidenten dieses Gerichts erforderlich.

Dominica                      Apostille

Dominikanische Republik    Legalisation

Vereinfachtes Verfahren:

Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident  
ausreichend

Apostillenübereinkommen aufgrund Einspruchs  
im Verhältnis zu Deutschland nicht in Kraft

## E

Ecuador                      Apostille

El Salvador                Apostille

Estland                    Apostille

Weiterhin:

Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968  
zur Befreiung der von diplomatischen oder  
konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von  
der Legalisation

## F

Fidschi                    Apostille

Finnland                  Apostille

Frankreich \*              Apostille

Zusätzliches bilaterales Abkommen:

Deutsch-französisches Abkommen vom 13.  
September 1971 über die Befreiung öffentlicher  
Urkunden von der Legalisation (BGBl 1974 II  
S. 1074, 1975 II S. 353).

Öffentliche Urkunden, die in der Bundesrepublik  
Deutschland errichtet wurden und mit amtlichem  
Siegel oder Stempel versehen sind, bedürfen zum  
Gebrauch in Frankreich keiner Legalisation,  
Apostille, Beglaubigung oder ähnlichen Förmlichkeit.  
Als öffentliche Urkunden sind anzusehen Urkunden  
eines Gerichts oder einer Staatsanwaltschaft bei  
einem Gericht sowie eines deutschen Vertreters des  
öffentlichen Interesses, Urkunden eines  
Urkundsbeamten der Geschäftsstelle, eines  
deutschen Rechtspflegers, eines  
Gerichtsvollziehers, einer Verwaltungsbehörde oder

eines Notars, Scheck- oder Wechselproteste, ferner Urkunden, die in der Bundesrepublik Deutschland eine Person, Stelle oder Behörde errichtet hat, die nach dem deutschen Recht zur Ausstellung öffentlicher Urkunden der Art befugt ist, zu denen die Urkunde gehört. Als öffentliche Urkunden sind auch amtliche Bescheinigungen anzusehen, die auf Privaturkunden angebracht sind (z. B. Registrier-, Sicht- und Beglaubigungsvermerke).

Weiterhin:

Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968 zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation

## **G**

Gabun	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Georgien	Apostille	Apostillenübereinkommen ist nach Rücknahme des deutschen Einspruchs anwendbar
Ghana	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Grenada	Apostille	
Griechenland *	Apostille	Zusätzliches bilaterales Abkommen: Maßgebend ist Art. 24 des deutsch-griechischen Abkommens vom 11. Mai 1938 über die gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten des bürgerlichen und Handels-Rechts (RGBl 1939 II S. 848; vgl. Nr. 3 der Bekanntmachung über die

Wiederanwendung deutsch-griechischer  
Vorkriegsverträge vom 26. Juni 1952, BGBl II  
S. 634).

Urkunden, die von einem deutschen Landgericht  
oder einem deutschen Gericht höherer Ordnung,  
von einer deutschen obersten Verwaltungsbehörde  
oder einem deutschen obersten Verwaltungsgericht  
aufgenommen, ausgestellt oder beglaubigt und mit  
dem Siegel oder Stempel des Gerichts oder der  
Behörde versehen sind, bedürfen zum Gebrauch in  
Griechenland keiner Beglaubigung oder  
Legalisation. Für Urkunden, die von einem anderen  
deutschen Gericht, einem Gerichtsvollzieher, einem  
Grundbuchamt, einer Hinterlegungsstelle oder  
einem deutschen Notar aufgenommen, ausgestellt  
oder beglaubigt sind, genügt zum Gebrauch in  
Griechenland die Beglaubigung durch den  
zuständigen Präsidenten des Landgerichts. Das  
Gleiche gilt für die von einem Urkundsbeamten der  
Geschäftsstelle aufgenommenen, ausgestellten oder  
beglaubigten Urkunden. Gehört der Urkundsbeamte  
einem Gericht höherer Ordnung an, so bedarf es der  
Beglaubigung durch den Präsidenten dieses  
Gerichts.

Weiterhin:

Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968  
zur Befreiung der von diplomatischen oder  
konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von  
der Legalisation

Guatemala	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Guinea	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident



ausreichend

## H

Haiti	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
-------	--------------	--

Honduras	Apostille	
----------	-----------	--

Hongkong (Sonderverwaltungsregion der Volksrepublik China)	Apostille	
--	-----------	--

## I

Indien	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
--------	--------------	--

Apostillenübereinkommen aufgrund Einspruchs  
im Verhältnis zu Deutschland nicht in Kraft

Indonesien	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
------------	--------------	--

Iran, Islamische Republik	Legalisation	Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident; Endbeglaubigung durch Bundesverwaltungsamt (außer für Hochschulzeugnisse)
------------------------------	--------------	--

Irak	Legalisation	Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident; Endbeglaubigung durch Bundesverwaltungsamt
------	--------------	--

Irland	Apostille	Weiterhin: Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968 zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation
Island	Apostille	
Israel *	Apostille	Zusätzliches bilaterales Abkommen: Gemäß Art. 15 Abs. 2 des deutsch-israelischen Vertrages vom 20. Juli 1977 über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (BGBl 1980 II S. 925, 1531) bedürfen die dem Antrag auf Zulassung zur Zwangsvollstreckung beizufügenden Urkunden keiner Legalisation.
Italien *	Apostille	<p>Zusätzliches bilaterales Abkommen: Deutsch-italienischer Vertrag vom 7. Juni 1969 über den Verzicht auf die Legalisation von Urkunden (BGBl 1974 II S. 1069, 1975 II S. 660).</p> <p>Öffentliche Urkunden, die in der Bundesrepublik Deutschland errichtet und mit amtlichem Siegel oder Stempel versehen sind, sowie Beglaubigungsvermerke, die einer privaten Urkunde von einem Gericht, einem Notar oder einer Verwaltungsbehörde beigelegt sind, bedürfen zum Gebrauch in Italien keiner Legalisation, Beglaubigung oder anderen Förmlichkeit, die der Legalisation oder Beglaubigung entspricht. Als öffentliche Urkunden sind anzusehen Urkunden eines Gerichts oder einer Staatsanwaltschaft sowie eines deutschen Vertreters des öffentlichen Interesses einschließlich solcher Urkunden, die von einem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle oder einem Rechtspfleger errichtet worden sind, Urkunden einer Verwaltungsbehörde, Urkunden, die</p>

von einer nach innerstaatlichem Recht zur Errichtung öffentlicher Urkunden befugten juristischen Person des öffentlichen Rechts errichtet worden sind, Urkunden eines Notars, Urkunden eines Gerichtsvollziehers, Scheck- und Wechselproteste sowie Urkunden, die von einer deutschen diplomatischen oder konsularischen Vertretung errichtet worden sind. Die italienische Seite hat ihre Beglaubigungs- und Auskunftsbehörden gemäß Art. 5 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 des Vertrages wie folgt notifiziert:

1.6.1 für die Beglaubigung nach Art. 2 der örtlich zuständige Präfekt (Prefetto), im Aosta-Tal der Präsident der Region (Presidente della Regione), in den Provinzen Trient und Bozen der Regierungskommissar (Commissario del Governo);

1.6.2 für die Erteilung der Auskunft nach Art. 4 Abs. 1 über die Echtheit;

1.6.2.1 der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden das Außenministerium, Personalabteilung (Il Ministero degli Affari Esteri, Direzione Generale del Personale);

1.6.2.2 der in Art. 1 Abs. 2 Nrn. 1, 4 und 5 genannten Urkunden sowie der in Nr. 2 erwähnten Urkunden einer Verwaltungsbehörde, soweit es sich um Personenstandsurkunden handelt, die Staatsanwälte (Procuratori della Repubblica) bei den Gerichten, in deren Bezirk die Urkunden errichtet worden sind;

1.6.2.3 alle anderen im Vertrag genannten Urkunden der örtlich zuständige Präfekt (Prefetto), im Aosta-Tal der Präsident der Region (Presidente della

Regione), in den Provinzen Trient und Bozen der Regierungskommissar (Commissario del Governo)

(s. Bekanntmachung des Bundesministeriums der Justiz vom 30. Juni 1975, BGBl II S. 931).

Weiterhin:

Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968 zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation

## J

Jamaika	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Japan	Apostille	
Jemen	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Jordanien	Legalisation	Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident; Endbeglaubigung durch Bundesverwaltungsamt

## K

Kambodscha	Legalisation	Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident; Endbeglaubigung durch Bundesverwaltungsamt
Kamerun	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Kanada	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident

		ausreichend
Kap Verde	Apostille	
Kasachstan	Apostille	
Katar	Legalisation	Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident; Endbeglaubigung durch Bundesverwaltungsamt
Kenia	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Kirgisistan	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
		Apostillenübereinkommen aufgrund Einspruchs im Verhältnis zu Deutschland nicht in Kraft
Kolumbien	Apostille	
Kongo, Demokratische Republik	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Kongo, Republik	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Korea, Demokratische Volksrepublik	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Korea, Republik (Südkorea)	Apostille	
Kroatien	Apostille	

Kuba	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Kuwait	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
<b>L</b>		
Laos, Demokratische Volksrepublik	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Lesotho	Apostille	
Lettland	Apostille	
Libanon	Legalisation	Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident; Endbeglaubigung durch Bundesverwaltungsamt für Schul- und Ausbildungsnachweise
Liberia	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend  Apostillenübereinkommen aufgrund Einspruchs im Verhältnis zu Deutschland nicht in Kraft
Libyen	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Liechtenstein	Apostille	Weiterhin: Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968 zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation

Litauen	Apostille	
Luxemburg	Apostille	Weiterhin: Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968 zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation

## **M**

Macau (Sonderverwaltungsregion der Volksrepublik China)	Apostille	
Madagaskar	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Malawi	Apostille	
Malaysia	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Mali	Legalisation	Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident; Endbeglaubigung durch Bundesverwaltungsamt
Malta	Apostille	
Marokko	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Marshall-Inseln	Apostille	
Mauretanien	Legalisation	Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident; Endbeglaubigung durch Bundesverwaltungsamt

Mauritius	Apostille	
Mazedonien	Apostille	
Mexiko	Apostille	
Moldau, Republik (Moldawien)	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend  Apostillenübereinkommen aufgrund Einspruchs im Verhältnis zu Deutschland nicht in Kraft  Weiterhin: Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968 zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation
Monaco	Apostille	
Mongolei	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend  Apostillenübereinkommen aufgrund Einspruchs im Verhältnis zu Deutschland nicht in Kraft
Montenegro	Apostille	
Mosambik	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Myanmar	Legalisation	Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident; Endbeglaubigung durch Bundesverwaltungsamt



## N

Namibia	Apostille	
Nepal	Legalisation	Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident; Endbeglaubigung durch Bundesverwaltungsamt
Neuseeland (ohne Tokelau)	Apostille	
Nicaragua	Apostille	
Niederlande  mit karibischem Teil (Bonaire, Sint Eustatius und Saba), Aruba, Curaçao, Sint Maarten	Apostille	Weiterhin: Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968 zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation
Niger	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Nigeria	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Niue	Apostille	
Norwegen *	Apostille	Zusätzliche bilaterale Vereinbarung: Gemäß Art. 14 Abs. 3 des deutsch-norwegischen Vertrages vom 17. Juni 1977 über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen und anderer Schuldtitel in Zivil- und Handelssachen (BGBl 1981 II S. 341, 901) bedürfen die dem Antrag auf Zulassung zur Zwangsvollstreckung beizufügenden Urkunden keiner Legalisation oder sonstigen Beglaubigung.

Weiterhin:

Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968  
zur Befreiung der von diplomatischen oder  
konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von  
der Legalisation

## O

Oman                      Apostille

Österreich \*            Apostille

Zusätzliches bilaterales Abkommen:  
Deutsch-österreichischer Beglaubigungsvertrag vom  
21. Juni 1923 (RGBl 1924 II S. 55, 61), der mit  
Wirkung vom 1. Januar 1952 wieder angewendet  
wird (vgl. Nr. 1 der Bekanntmachung über die  
Wiederanwendung von ehemals zwischen dem  
Deutschen Reich und der Republik Österreich  
abgeschlossenen Verträgen usw. vom 13. März  
1952, BGBl II S. 436).

Urkunden, die von einer deutschen Gerichts- oder  
Verwaltungsbehörde ausgestellt wurden, bedürfen  
zum Gebrauch in Österreich keiner weiteren  
Beglaubigung, wenn sie mit dem Siegel oder  
Stempel der Gerichts- oder Verwaltungsbehörde  
versehen sind. Keiner weiteren Beglaubigung zum  
Gebrauch in Österreich bedürfen ferner die von  
einem deutschen Notar ausgefertigten und mit  
seinem amtlichen Siegel versehenen Urkunden  
sowie Urkunden, die von Geschäftsstellen deutscher  
Gerichte, von Gerichtsvollziehern oder anderen  
gerichtlichen Hilfsbeamten ausgefertigt und mit dem  
Gerichtssiegel versehen sind, und die einer  
Privaturkunde von einer Gerichts- oder  
Verwaltungsbehörde oder einem Notar beigelegte  
Beglaubigung.

Weiterhin:

Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968  
zur Befreiung der von diplomatischen oder  
konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von  
der Legalisation

**P**

Pakistan	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Panama	Apostille	
Paraguay	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Peru	Apostille	Apostillenübereinkommen ist nach Rücknahme des deutschen Einspruchs anwendbar
Philippinen	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Polen	Apostille	Weiterhin: Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968 zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation
Portugal	Apostille	Weiterhin: Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968 zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation

## R

Ruanda	Legalisation	Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident; Endbeglaubigung durch Bundesverwaltungsamt
Rumänien	Apostille	Weiterhin: Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968 zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation
Russische Föderation	Apostille	

## S

Sambia	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Samoa	Apostille	
San Marino	Apostille	
Sao Tomé und Príncipe	Apostille	
Saudi-Arabien	Legalisation	Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident; Endbeglaubigung durch Bundesverwaltungsamt
Schweden	Apostille	Weiterhin: Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968 zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation
Schweiz *	Apostille	Zusätzliches bilaterales Abkommen: Deutsch-schweizerischer Vertrag vom 14. Februar 1907 über die Beglaubigung öffentlicher Urkunden (RGBl S. 411, 415).

Urkunden, die von einem deutschen Gericht aufgenommen, ausgestellt oder beglaubigt wurden und mit dem Siegel oder Stempel des Gerichts versehen sind, bedürfen zum Gebrauch in der Schweiz keiner Beglaubigung oder Legalisation. Zu diesen Urkunden gehören auch die von einem Urkundsbeamten der Geschäftsstelle des Gerichts unterschriebenen Urkunden. Ferner bedürfen keiner Beglaubigung oder Legalisation zum Gebrauch in der Schweiz Urkunden, die von denjenigen deutschen obersten oder höheren Verwaltungsbehörden, welche in dem dem Vertrag beigefügten Verzeichnis aufgeführt sind, aufgenommen, ausgestellt oder beglaubigt und mit dem Siegel oder Stempel der Behörde versehen sind. Das zurzeit gültige Verzeichnis ist im Bundesgesetzblatt 1998 II S. 71 veröffentlicht.

Weiterhin:

Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968 zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation

Senegal	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Serbien	Apostille	
Seychellen	Apostille	
Sierra Leone	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Simbabwe	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend

Singapur	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Slowakei	Apostille	
Slowenien	Apostille	
Somalia	Legalisation	Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident; Endbeglaubigung durch Bundesverwaltungsamt
Spanien *	Apostille	<p>Zusätzliche bilaterale Vereinbarung: Gemäß Art. 16 Abs. 2 des deutsch-spanischen Vertrages vom 14. November 1983 über die Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen und Vergleichen sowie vollstreckbaren öffentlichen Urkunden in Zivil- und Handelssachen (BGBl 1987 II S. 34, 1988 II S. 207, 375) bedürfen die dem Antrag auf Zulassung zur Zwangsvollstreckung beizufügenden Urkunden keiner Legalisation und keiner sonstigen Förmlichkeit.</p> <p>Weiterhin: Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968 zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation</p>
Sri Lanka	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
St. Kitts und Nevis	Apostille	
St. Lucia	Apostille	
St. Vincent und	Apostille	

die Grenadinen

Südafrika

Apostille

Sudan

Legalisation

Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident;  
Endbeglaubigung durch Bundesverwaltungsamt

Suriname

Apostille

Swasiland

Apostille

Syrien,  
Arabische Republik

Legalisation

Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident;  
Endbeglaubigung durch Bundesverwaltungsamt

## T

Tadschikistan

Legalisation

Vereinfachtes Verfahren:  
Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident  
ausreichend

Tansania,  
Vereinigte Republik

Legalisation

Vereinfachtes Verfahren:  
Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident  
ausreichend

Thailand

Legalisation

Vereinfachtes Verfahren:  
Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident  
ausreichend

Das Honorargeneralkonsulat des Königreichs  
Thailand hat sich gegenüber der  
Landesnotarkammer Bayern bereit erklärt, bei der  
Legalisation notarieller Urkunden auf eine  
Beglaubigung durch den Landgerichtspräsidenten zu  
verzichten, wenn der betreffende Notar dem  
Honorargeneralkonsulat eine Unterschriftsprobe mit  
Dienstsiegelabdruck zur Verfügung stellt.

Togo

Legalisation

Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident;

Endbeglaubigung durch Bundesverwaltungsamt

Tonga	Apostille	
Trinidad und Tobago	Apostille	
Tschad	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Tschechische Republik	Apostille	Weiterhin: Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968 zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation
Tunesien *	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend  Zusätzliche bilaterale Vereinbarung: Gemäß Art. 5 Abs. 2 und 3 Halbsatz 2 des deutsch- tunesischen Vertrages vom 19. Juli 1966 über Rechtsschutz und Rechtshilfe, die Anerkennung und Vollstreckung gerichtlicher Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen sowie über die Handelsschiedsgerichtsbarkeit (BGBl 1969 II S. 889, 1970 II S. 125) bedarf die von einem diplomatischen oder konsularischen Vertreter des Staates, dem der Antragsteller angehört, zur Erlangung von Prozesskostenhilfe ausgestellte Bescheinigung des Unvermögens zur Tragung von Prozesskosten keiner Legalisation. Das Gleiche gilt für Zustellungsanträge samt Anlagen (Art. 11 Abs. 3), für Rechtshilfeersuchen (Art. 20 Abs. 3) und für die einem Antrag auf Vollstreckbarerklärung eines Titels beizufügenden Urkunden (Art. 38 Abs. 2, Art. 42 Abs. 2, Art. 53).



Türkei	Apostille	Weiterhin: Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968 zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation
--------	-----------	--

Turkmenistan	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
--------------	--------------	--

## U

Uganda	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
--------	--------------	--

Ukraine	Apostille	Apostillenübereinkommen ist nach Rücknahme des deutschen Einspruchs anwendbar
---------	-----------	--

Ungarn	Apostille	
--------	-----------	--

Uruguay	Apostille	
---------	-----------	--

Usbekistan	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
------------	--------------	--

Apostillenübereinkommen aufgrund Einspruchs  
im Verhältnis zu Deutschland nicht in Kraft

## V

Vanuatu	Apostille	
---------	-----------	--

Venezuela, Bolivarische Republik	Apostille	
-------------------------------------	-----------	--

Vereinigte Arabische Emirate	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend
Vereinigte Staaten von Amerika (USA)	Apostille	
Vereinigtes Königreich *  auch für Anguilla, Bermuda, Caymaninseln, Falklandinseln, Gibraltar, Guernsey, Isle of Man, Jersey, Britische Jungferninseln, Montserrat, Sankt Helena, Turks- und Caicosinseln	Apostille	Zusätzliche bilaterale Vereinbarung: Gemäß Art. VI Abs. 3 des deutsch-britischen Abkommens vom 14. Juli 1960 über die gegenseitige Anerkennung und Vollstreckung von gerichtlichen Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (BGBl 1961 II S. 301, 1025; 1973 II S. 1306, 1667) bedürfen die dem Antrag auf Registrierung beizufügende beglaubigte Abschrift der Entscheidung und Vollstreckbarkeitsbescheinigung keiner Legalisation.  Weiterhin: Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968 zur Befreiung der von diplomatischen oder konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von der Legalisation
Vietnam	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident ausreichend

## **W**

Weißrussland (Belarus)	Apostille
---------------------------	-----------

## **Z**

Zentralafrikanische Republik	Legalisation	Vereinfachtes Verfahren: Vorbeglaubigung durch Landgerichtspräsident
------------------------------	--------------	---

ausreichend

Zypern

Apostille

Weiterhin:

Europäisches Übereinkommen vom 7. Juni 1968  
zur Befreiung der von diplomatischen oder  
konsularischen Vertretern errichteten Urkunden von  
der Legalisation

\* Zum Verhältnis bilateraler Vereinbarungen zum Apostillenübereinkommen vgl. Nr. 1.9